

Die „Vierteljahrshefte“ erscheinen wöchentlich am Montag und Donnerstag...

Die gebildeten Klassen... das politische Verhältnis eines siebenjährigen Kadetten...

Sozialistische

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Angst vor der Krise

Rathenaus Wiederkehr

Der frühere Wiederaufbauminister Dr. Rathenau ist aus London zurückgekehrt...

Aus den bisherigen Mitteilungen der englischen und französischen Presse ergibt sich...

Gleichgewichts im Staatshaushalt

Sorge trägt. Die Forderungen unserer Partei und der Gewerkschaften...

Die Ungewissheit über die augenblickliche Situation hat bereits die ersten Zeichen einer Wirtschaftskrise geschaffen...

Konferenz der Wirtschaftsminister

Darmstadt, 12. Dezember (R. T. B.).

Heute fand hier im Sitzungssaal der Volkshaus eine Aussprache der Wirtschaftsminister des Reiches...

Das Echo der Waffenfunde

Briand sekundiert Lefèvre

CC. Paris, 12. Dezember.

Die französische Kammer beschäftigte sich in ihrer heutigen Vor- und Nachmittags-Sitzung mit dem Etat des Ministeriums...

Briand antwortete mit dem Hinweis, daß sich die Washingtoner Konferenz nicht bestimmte, genau abgegrenzte Ziele...

Scheidenden Nachrichten über das Ergebnis der Londoner Verhandlungen ab. Diese Zurückhaltung kann aber nicht lange andauern...

Die Preise für Getreide folgen vorläufig nur zögernd dem Hinabgleiten der Kurse. Wer nicht unbedingt kaufen muß...

Dr. Rathenau will jetzt nacheinander die Vertreter der Industrie, des Handels und der Finanz darüber unterrichten...

Schnellste und schärfste Heranziehung des Besitzes

zu den Steuerleistungen für die Wiedergeburt des Staatshaushalts zu sorgen. Das letzte Wort wird in London gesprochen werden...

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus ist von der Regierung zu verlangen, daß sie zu rechter Zeit alle vorbereitenden Maßnahmen trifft...

Entwicklung genommen, und Frankreich habe ihn auf diesem Wege nicht behindert. Die Abrüstung zu Lande könne nur erfolgen...

Der Berichterstatter Noblesmaire glaubt, daß die Anschauung des Völkerbundes sich eines Tages mit der Amerikas begegnen könnte...

Ein Pilsudski-Standal

CC. Warschau, 12. Dezember.

Die Finanzdebatte im Sejm (dem polnischen Parlament) gab dem nationaldemokratischen Abgeordneten Dyon und dem Vertreter der Christlichen Arbeiterpartei Swida einen unerwarteten Anlaß...

Der Hauptauschuh des Preussischen Landtages beriet am Montag den Haushalt der Obergerichtskammer und den Haushalt des Landtages...

Der siebzehnjährige Kadett

Ich hatte den Eindruck, daß Lüttwih und seine Freunde über das politische Verhältnis eines siebenjährigen Kadetten nicht hinausgekommen sind.

Der Kapp-Putsch und seine Begleiterscheinungen huschen wie Schatten an uns vorüber, wenn wir den Prozeß gegen Jagow und Genossen vor dem Reichsgericht in Leipzig verfolgen...

Ein Beweis dafür ist Gustav Koske, der bis zum Kapp-Putsch Reichswehrminister war, und dessen Aussagen am Sonnabend im Mittelpunkt der Verhandlungen standen...

Hier ist der Punkt, wo angefangen werden muß, um Koskes Schuld und die Schuld seiner Partei am Kapp-Putsch und an dem ganzen politischen Jammer der Nachkriegszeit historisch festzustellen...

Erinnern wir uns! Lüttwih, der siebzehnjährige Kadett, war es, der Koske den Standrechtsbefehl abrang, auf Grund dessen im März 1919 Tausende von Profetariern in den Straßen Berlins abgeschlachtet wurden...

Nicht erst während des Kapp-Putsches, nicht erst in Leipzig, wurde die Rolle bekannt, die Lüttwih in der Wehrmacht spielte. Wir haben an dieser Stelle von Tag zu Tag vor diesem General gewarnt...

hervorgehoben, daß Lüttwig und seine Mitverschworenen, die sich damals als Diener der Republik ausgaben, eines Tages die Herren der Republik werden würden. Wir wurden verhöhnt oder totgeschwiegen, und was noch schlimmer war, man versuchte, unsere dokumentarisch begründeten Behauptungen als Phantastiegebilde abzutun. In jedem einzelnen Fall stellte sich Koste schützend vor seinen Liebbling, den sechzehnjährigen Kadetten. Er nahm ihn auch in Schutz, nachdem selbst beim „Vorwärts“ langsam die Besinnung zurückkehrte, nachdem auch von jener Seite aus, erst schüchtern, dann lauter „Warnungssignale“ ausgestoßen wurden. Vergeblich! Lüttwig war ein „treuer General“, und wenn es gar zu heiß brannte und auch die rechtssozialistischen Anhänger in Rebellion gerieten, da erschien Koste in höchstgelegener Person, hielt eine seiner vielen Bolterreden und nahm als Schlusswort ein einstimmiges Vertrauensvotum mit in sein Wehrministerium. Zwischenzeitlich verbot der sechzehnjährige Kadett periodenweise die unabhängige Presse oder warf die Arbeiter rufend in Schutzhaft und Gefängnis. Und Koste — stimmte zu!

Unter dem Schleier des Belagerungszustandes, der Schutzhaft, der Presseverbote, der außerordentlichen Kriegsgerichte reisten die Pläne der kaiserlichen Generalität zur Wirklichkeit heran. Das Niederhalten der Arbeiterbewegung war die Vorbedingung für die ersehnte Wiederkehr „geordneter Zustände“. Siehe Horthungarn! Und Koste, der das alles sah, der gewarnt wurde, der jede Anordnung und jeden Befehl des Lüttwig entweder eigenhändig unterschrieb oder zur Begutachtung vorgelegt bekam, dieser Gustav Koste will nicht gemagt haben, was gespielt wurde, will heute noch den Anschein erwecken, als sei er hintergangen worden? Ach nein, hier liegt mehr als bloße Gutmütigkeit und Vertrauenseligkeit vor. Hier ist ein starkes Stück böser Wille vorhanden, geboren aus der Wut des Emporkömmlings, der nach unten Fußtritte erteilt und nach oben Büchlinge macht!

Bewegte sich Lüttwig politisch in den Anschauungen eines sechzehnjährigen Kadetten, dann steht Koste auf dem Niveau eines sechsjährigen Klippshülers. Dann wäre er das, was er sein möchte: ein harmloser Mensch, der durch zwei Nachgiebigkeit und Dummheit in ein schuldlos Abenteuer verstrickt wurde. Doch Koste ist nicht, was er scheinen will — eine tragische Gestalt! Er bleibt der Schädling der Revolution, der nur dadurch entlastet werden könnte, daß seine eigene Schuld die Schuld einer ganzen Partei wurde.

Das ist es, was der Kapp-Putsch uns lehrt. Das ist es, was aus dem Verhandlungen in Leipzig sich deutlich aus dem verdunkelten Hintergrund abhebt und klar erkennbar in seinen Grundlinien vor der Weltgeschichte aufbaut.

Die Eidbrecher

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
Leipzig, 11. Dezember.

Die heutige Verhandlung des Jagow-Prozesses zeigte, daß es in den Kapptagen unter den Ehrhardt-Truppen doch noch verfassungstreue Soldaten gab. Sie waren allerdings nicht unter den Offizieren zu finden — es waren drei Unteroffiziere, die sich weigerten, den Putsch mitzumachen, und ein Offizier war es, der ihnen den Eid auf die Verfassung verächtlich zu machen suchte, der Kapitänleutnant Köhler, der die Eide hatte, dem Reichsgericht zu sagen, daß er die Gründe der drei Männer nicht verstanden habe. Wie gut er sie begriffen hat, zeigen seine Bemerkungen, sie zu entkräften.

Diesen drei aufrechten Männern, die zu ihrem Eid und Wort standen und sich auf Sophistereien ihrer Vorgesetzten nicht einließen, stehen die Generale gegenüber, die Trotha, von Hülßen und von Oden, die sich nicht bedachten, trotz ihres Eids unter die Wassengewalt des abgesetzten Rebellen Lüttwig zu treten. Diese Herren wählten sich mit der angeblichen Tatsache, daß Kapp die Macht habe, schnell abzugeben; sie wählten sofort, daß sie die politischen Dinge nichts angingen, daß dieser häusliche Streit zwischen der alten und der neuen Regierung, wie Herr von Hülßen sich ausdrücken ließe, nicht ihre Sache sei. Sie wählten „Ruhe und Ordnung“, damit nicht Truppen auf Truppen schießen müßten, damit später gegen die Volkswellen gekämpft werden könne. Der General von Hülßen ist jederzeit bereit, auf ausländische Sparatistiken zu schießen, und als solche wären ihm natürlich auch alle Arbeiter erschienen, die sich gegen die Kappbanden erhoben hätten, ohne sich weitergehende Ziele zu stellen, die auf die Umgestaltung der Verfassung hinausliefen. Aber auf meuternde Kappisten schießen zu lassen, das ist natürlich etwas ganz anderes, das wäre das größte Unglück gewesen.

Schleierhaft ist übrigens, weshalb der General von Oden, der genau dasselbe getan hat, wie General von Hülßen, nicht in Untersuchung gezogen wurde, von der von Hülßen als angeblicher Richtführer durch die Anwaltschaft loskam. Die Wege der deutschen Justiz sind dunkel, aber nicht wunderbar.

Wie sehr der gewaltige Koste von seinen Offizieren, die er stamm am Bündel zu haben glaubte, an der Nase herumgeführt wurde, zeigt die Weitergebung des Alarmbefehls an die ausländische Ehrhardtbrigade. Die Herren Offiziere hatten ja die Ausrede, daß nach dem Schema der Beschlüsse auch nach Döberitz zu gehen wäre. Sie brauchten gar nicht die Überzeugung anzustellen, daß man die Maßregeln gegen die Meuterer nicht den Meuterern selbst mitzuteilen habe. Aber das letztere ist jedenfalls der Zweck der Meldung. Denn Dummheit oder Fahrlässigkeit anzunehmen, scheint doch zu gemagt. Koste, der bei seiner Vernehmung den Vorgang nicht glauben wollte, kann sich jetzt, da Major Beck das Dokument vorgelegt hat, das den Namen Döberitz enthält, überzeugen, daß in seinem Machtbereich mehr möglich war, als er sich in seiner „Vertrauenseligkeit“, wenn nicht Schlimmeres angenommen werden soll, träumen ließ.

Ein Richter über Heines Schieferlaß

In Köln hatte ein Kriminalbeamter auf einen Mann, den er verhaften wollte, der ihn aber in der Küche einschloß und sich, durch die Gloriette der Küche Revolvergeschosse abgegeben und den Anwesenden durch eine Kugel am Gesäß verletzte. Dieser Tage nun stand der Mann, weil er den Hilfsbeamten eingeschlossen hatte, wegen Freiheitsberaubung vor dem Schöffengericht. Auf die Frage des Richters, welche Anweisung ihm für einen Fall wie den vorliegenden gegeben worden sei, meinte der Hilfskriminalbeamte: „Wir sollten so handeln, wie wir es mit unserem Gewissen vereinbaren können“. Der Vorliegende erwiderte, man dürfe mit dem Leben und der Gesundheit des Bürgers nicht leichtfertig umgehen und nicht ohne weiteres schießen. Der Mann hätte auch sonst gefaßt werden können. Mit dem Schließen, namentlich auf der Straße, wo auch Unbeteiligte getroffen werden können, soll man nicht so rasch bei der Hand sein. Die Schußleute seien dem-

entsprechend zu unterweisen. Diese Worte sind eine herbe Kritik des Heineschen Schieferlaßes, sie sind aber zugleich auch eine Kritik des Herrn General, der den Schieferlaß Heines immer noch nicht aufgehoben hat.

Deutschnationale Kartoffeln

Trotz einer sehr guten Kartoffelernte sind in den Städten keine Kartoffeln zu bekommen. Entschuldigungen dafür, daß dieser Zustand eintreten konnte, sind zur Genüge geliefert. Zunächst erklärt man, daß der Wagenmangel Schuld sei, dann ist es der Frost, dann erklärt man wieder, daß man es den Landwirten nicht überlassen könne, wenn die Käufer der großen industriellen Werke und Städte sich gegenseitig überbieten, daß sie dann auch einmal ein paar Mark mehr nehmen. So hat man bis heute geglaubt, die Städte mit Besprengungen statt Kartoffeln satt machen zu können. Doch es aber trotz aller Ausreden nur an dem wucherischen Vorgehen großer Landwirte- und Händlerkreise liegt, daß Kartoffeln nicht auf den Markt kommen, beweisen insbesondere die Kartoffelproduzierenden Landestteile, die sich wie schon früher, so auch heute noch in der Hand der ganz rein blaublütigen Rittergutsbesitzer befinden.

Welches Gemeinwohlgefühl diese Kreise, die sich insbesondere im Landbunde organisiert haben, besitzen, ist bewiesen durch die leinerzeitige Erhebung mit dem Milch- und sonstigen Lieferungsstreik. Ein weiterer kleiner Beitrag dazu, welcher Vorkriegszeit die Kartoffeln selbst angehören, wird dadurch gebracht, daß die Eisenbahnbeamten am 19. 11. in Ruhnow i. Pommer eine Verammlung abhielten, bei der festgestellt werden konnte, daß von der Deutschnationalen Volkspartei Kartoffeln zum Preise von 20—24 Mark pro Zentner an ihre Mitglieder verkauft worden sind und noch werden. Unter Gemahrsamann erlaubte sich selbstverständlich nach den Lieferungsbedingungen und erfuhr, daß derjenige, der Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist, derartig billige Kartoffeln erhält.

Es sei daher die Frage an die Regierung gestattet, weshalb hier nicht die Wucherergesetzgebung eintritt. Die Großgrundbesitzer liefern ihren eigenen Parteigenossen Kartoffeln zum Preise von 20—24 Mark pro Zentner. In den Großstädten kosten sie 125 Mark. Es wird doch kaum jemand glauben, daß die Landwirte lediglich aus Idealismus ihren Parteifreunden die Kartoffeln unter dem Selbstkostenpreise ablassen werden.

Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat

Der neue Gesetzentwurf

Das Betriebsrätegesetz, das seinerzeit unter dem Anstrich der vom damaligen preussischen Innenminister Heine aufgeführten Wahlstimmengewalt und unter dem Verborgenen von Strömen Arbeiterblutes keine fragwürdige Gestalt erhielt, enthält in seinem § 70 die Bestimmung, daß in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes auch ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat zu wählen sind. Der Reichsarbeitsminister legt nunmehr dem Reichstage einen Gesetzentwurf vor, der endlich, zwei volle Jahre nach Schaffung des Betriebsrätegesetzes, dieser an sich dürftigen Bestimmung gerecht werden soll. In dem § 4 des Gesetzes heißt es: „Zwei Betriebsratsmitglieder sind zu entsenden, wenn nach dem zur Zeit der Auseraumung der Wahl geltenden Gesellschaftsvertrage (Statut, Satzung) mehr als drei Aufsichtsratsmitglieder gewählt werden können oder beide Arbeitnehmergruppen (Arbeiter und Angestellte) im Wahlkörper vertreten sind. In allen übrigen Fällen ist eines zu entsenden.“

Die Wahl erfolgt durch den Betriebsrat und, wo es deren mehrere gibt in einem Betriebe, durch die Gesamtheit der Betriebsräte, gleich, ob sie sich in einem Gesamtbetriebsrat zusammenschließen haben oder nicht, aus ihrer Mitte. Die Bestimmungen über die Wählbarkeit sind sehr einengend. Nur, wer ein volles Jahr in den Unternehmungen der Körperschaft beschäftigt war und in den letzten zwei Jahren nicht als Betriebsratsmitglied abgesetzt wurde, ist wählbar. Das Erfordernis der einjährigen Beschäftigung fällt fort, wenn die Zahl der Nichtwählbaren viermal so groß ist als die der Wählbaren. Auf keinen Fall wählbar bleibt, wer in den letzten drei Jahren in einer anderen Körperschaft mit gleichartiger wirtschaftlicher Betätigung dem Aufsichtsrat angehört hat.

Nach § 6 ist die Wahl geheim. Der ganze Wahlkörper entscheidet einheitlich durch Stimmenmehrheit. Aber: Wenn zwei Mitglieder zu wählen sind, kann eine Minderheitsgruppe (z. B. Angestellte in Industriebetrieben oder Arbeiter in Handelsbetrieben) die Entsendung eines Vertreters aus ihrer Gruppe beschließen. In diesem Falle wird nach Gruppen getrennt abgestimmt.

Die Begründung des Entwurfs läßt klar erkennen, wie in den vorberatenden Körperschaften schon verkannt wurde, den geringen Einfluß der Betriebsräte, den ihnen dieses Gesetz in den Aufsichtsräten gewähren soll, auf Dinge zu beschränken, die im Grunde genommen nur Nebenaufgaben des Aufsichtsrats sind. So wollte man die Aufgaben der Arbeiter- und Angestelltenvertreter im Aufsichtsrat auf die Wahrnehmung der reinen sozialpolitischen, d. h. aus dem Arbeitsvertrag im engeren Sinne entspringenden Arbeiter- und Angestellteninteressen beschränken. Nach der Begründung wurde dieses Verlangen schließlich abgemindert, weil die Mehrheit der Meinung war, daß eine Scheidung beider Interessententeile in der Praxis unmöglich wäre, und es dann „in jeder Aufsichtsratssetzung zu einem dem Wirtschaftskriege abträglichen Kampfe und damit zu einem dem Sinn des Betriebsrätegesetzes entgegengelegten Ergebnis führen würde.“

Im Reichswirtschaftsrat war der Versuch gemacht worden, den Betriebsräten auch Eingang in die nicht als Aufsichtsräte bezeichneten, aber zur Geschäftsführung bestimmten Organe, zum Beispiel der G. m. b. H., zu verschaffen. Dierem Verlangen ist jedoch die Regierung nicht nachgekommen. Im übrigen sei noch bemerkt, daß den in den Aufsichtsrat delegierten Betriebsratsmitgliedern grundsätzlich dieselben Rechte zuerkannt werden, wie den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern. Sie haben in allen Aufsichtsratssetzungen sich und Stimme, erhalten jedoch keine andere Vergütung, als eine Aufwandsentschädigung. Sie sind verpflichtet, über die ihnen erteilten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren. Werden durch Gesellschaftsvertrag Erweiterungen der Rechte und Pflichten der Aufsichtsratsmitglieder vorgenommen, gelten diese neuen Bestimmungen notwendig auch für die aus den Betriebsräten entsandten Aufsichtsratsmitglieder.

Die Kohlensteuer

Dem Reichstage ist der seit langem angekündigte Gesetzentwurf, der eine Erhöhung der Kohlensteuer vorseht, zugegangen. Danach soll die Steuer künftig auf 40 Prozent des Wertes erhöht werden. Bisher betrug sie 20 Prozent. Da nun aber die Kohlen aus den verschiedenen Bergbaubezirken verschiedenwertig in bezug auf Heizkraft sowohl wie in bezug auf die Gewinnung von Nebenprodukten sind, würden bei einer Berechnung der Kohlensteuer einfach nach dem Verkaufspreise die geringwertigen Kohlen verhältnismäßig höher besteuert. Aus diesem Grunde sind für eine ganze Reihe von Kohlengebieten Ermäßigungen der Kohlensteuer geschaffen. So sollen z. B. für Kohle des niederösterreichischen Steinkohlenbergbaus von den 40 Proz. der Versteuerung 65 Proz., also etwa zwei Drittel, erhoben werden. Von anderen Gebieten weniger oder mehr. Insgesamt werden im Gesetzentwurf 17 verschiedene Gebiete aufgeführt. Beiründet wird die Erhöhung der Steuer mit der finanziellen Notlage des Reiches. Die deutsche Industrie könne die erhöhten Sätze sehr wohl tragen. Ein Vergleich der gegenwärtigen inländischen Kohlenpreise mit den Weltmarktpreisen würde ohne weiteres ergeben, daß die Kohle verbrauchenden deutschen Industrien trotz der erhöhten Steuer durch Konkurrenzfähigkeit bleiben. Weiter enthält der Gesetzentwurf die sehr bedenkliche Bestimmung, daß der Reichs-

finanzminister ermächtigt sein soll, nach Anhörung des Reichslohnrats und mit Zustimmung des Reichsrats, den Steuerfuß nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Standes der Währung zu ermäßigen oder zu erhöhen.

Eine Verbilligung der Kohle für den Hausbrand ist in dem Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Dagegen wird in der Begründung gesagt, daß sie nicht durchführbar sei. So aber, wie der Entwurf gegenwärtig gestaltet ist, darf er unter keinen Umständen Gesetz werden.

Die neuen Postfächer

Der Reichsrat beriet am Montag eine neue Vorlage des Reichspostministers über die Erhöhung der Postfächer, deren Tarife noch weit über die der ersten Vorlage der vorigen Woche hinausgehen. Nach Angabe des Ministers machen inzwischen eingetretene und finanzielle Gründe es nötig, das Defizit von 2½ Milliarden, das nach der ersten Vorlage noch geblieben wäre zu beseitigen. Deshalb sollen der Friedensgebühr gegenüber durchschnittlich die Postgebühren auf das Zwanzigfache, die Fernspreckgebühren auf das Fünfzehnfache erhöht werden. Danach kostet nunmehr die Postkarte im Ortsverkehr 75 Hg., im Fernverkehr 1,25 M.; der Brief von 20 Gramm im Ortsverkehr 1,25 M., im Fernverkehr 2 M.; von 20 bis 250 Gramm im Ortsverkehr 2 M., Drucksachen von 50 Gramm kosten 50 Hg., von 50 bis 100 Gramm 1 M., von 100 bis 250 Gramm 2 M., von 250 bis 500 Gramm 3 M., von 500 Gramm bis 1 Kilo 4 M. Päckchen tragen eine Gebühr von 5 M. Pakete bis 5 Kilo kosten nunmehr in der Rate von 6 M., in der Rate von 2 M.; von 5 bis 10 Kilo 12 Hg., 18 M.; von 10 bis 15 Kilo 20 Hg., 30 M.; von 15 bis 20 Kilo 30 Hg., 40 M. Die Postkategoriegebühren betragen für eine Zahlkarte bis 100 M. 75 Hg., bis 500 M. 1,56 M., bis 1000 M. 3 M. Die Telegrammgebühren für das Wort betragen 1 M., die Mindestgebühr für ein Telegramm 10 M., die Fernspreckgebühren sollen um 100 Prozent erhöht werden.

Die Vorlage wurde unverändert vom Plenum des Reichsrats mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die „Etappe Gent“ vor Gericht

Der Verfasser des Buches „Etappe Gent“, Heinrich Wandt soll in einigen Artikeln in der Wochenchrift „Freie Presse“ die Etappenbehörden, Kriegsgerichtsrat Dr. Kutenrieth, Kriegsgerichtsrat Heinrich Dilmann und den ehemaligen Etappeninspektor der vierten Armee, General der Infanterie von Schidus und Reudorf beleidigt haben. In den beanstandeten Artikeln schildert Wandt den Kriegsgerichtsrat Dr. Kutenrieth als außerordentlich rücksichtslos gegen Soldaten und Unteroffiziere, jedoch als besonders rücksichtsvoll gegen Schieberoffiziere der Etappe Gent. Kutenrieth habe des ferneren als Etappenonkel in dem besetzten Flandern nicht nur eine, sondern mehrere Kriegswitwen besessen, und deswegen habe er sich wohl das Eisen Kreuz 1. Klasse verdient.

Nach der Ansicht von Wandt war Kriegsgerichtsrat Dilmann ein Menschenhinder reinkarnierter Wassers, ein pathologisches Käsel und ein Offizier, der sich vor Mieranzgriffen jättern im Keller verzoehen habe. Dem General von Schidus wirft Wandt vor, daß er sich außerordentlich stark von Dilmann habe beeinflussen lassen. Tugerdem habe er sich durch Nichtanerkennung von Urteilen der Rechtsbeugung schuldig gemacht.

Bereits im Juli dieses Jahres fand eine Verhandlung gegen den Schriftsteller Heinrich Wandt wegen Beleidigung dieser drei Herren statt. Nach Anerkennung einiger von der Verteidigung gestellten Beweisangebote wurde damals die Verhandlung vertagt, um am gestrigen Montag erneut vor der 8. Strafkammer des Landgerichtes I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Jeep fortgeführt zu werden. Für die Verhandlung sind einige Tage in Aussicht genommen. Die Verteidigung des Angeklagten, der sich seit längerer Zeit in Haft und seit zehn Tagen im Hungerstreik befindet, liegt in den Händen der Rechtsanwältin Genossin Dr. Aurt Rosenfeld und Dr. Bahn. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dehlerichs. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragten die Verteidiger Vertragung derselben, da der Angeklagte durch die Folgen des Hungerstreiks wohl nicht in der Lage wäre, der Verhandlung zu folgen.

Der Angeklagte schickte sich verhandlungsfähig und äußerte den Wunsch, daß der Prozeß zu Ende geführt werde. Er protestierte gegen Klassenjustiz und seine Verhaftung, die ihn daran gehindert habe, sich für den Prozeß notwendigen Unterlagen und Zeugen zu beschaffen. Er teilt mit, daß der Staatsanwalt Dehlerichs in höchstselbster Person Jagd auf ihn gemacht habe, damit er ja in Untersuchungshaft komme. Der Staatsanwalt habe sich weiter geäußert, daß er auch ohne Beweisausnahme zwei Jahre Gefängnis beantragen würde.

Nach der Verlesung der beanstandeten Zeitungsartikel macht die Verteidigung darauf aufmerksam, daß dem Angeklagten beantragt worden ist, daß vor dem Reichsgericht ein Strafverfahren gegen General von Schidus schweben wegen vorkriegsrechtswidriger Deportation belgischer Arbeiter. Die Verteidigung beantragte die Herbeiziehung der Akten des Reichsgerichts wegen dieser Angelegenheit. Wegen wichtiger Zeugen, die nicht aufzufinden sind und deswegen fehlen, beantragt die Verteidigung die Abtrennung des Falles Dilmann und des Falles des General von Schidus. Der Angeklagte selbst beantragt die Ladung eines Hauptmanns von der Heeresfriedenskommission, der darüber auszusagen soll, daß die Abtransportierung der gesamten männlichen Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren aus einem flandrischen Dorfe auf die Initiative des Generals von Schidus zurückzuführen sei. Nach Beratung lehnte der Gerichtshof sämtliche Beweisangebote als unannehmlich ab.

Da es dem Angeklagten schwer wurde, der Verhandlung weiter zu folgen, wurde sie auf heute vormittag vertagt.

Die Hilfsaktion für Deutschland

EE. Paris, 12. Dezember.

Der „Temps“ erklärt in seinem heutigen Leitartikel, daß die Alliierten für 1922 und 1923 von Deutschland nur die Zahlung der ersten Jahresrate in Höhe von 2 Milliarden Goldmark fordern werden. Nur wenn der Markkurs den Wert eines amerikanischen Cent überschreite, würde dieser Beschluß widerrufen werden. Die variablen Jahreszahlungen würde Deutschland durch Naturalieferungen abtragen, die nach dem Verhältnis, in dem die Alliierten deutsche Reparationszahlungen zu erhalten hätten, unter diese zu verteilen wären. Frankreich hätte sich das Recht vor, Lieferungen zu verlangen, die sein prozentuales Verhältnis an den deutschen Zahlungen überschreiten, ohne daß es von diesen Lieferungen an die übrigen Alliierten irgendwelche Abgaben zu machen hätte. Den anderen Alliierten wäre es freigestellt, von Deutschland keine Naturalieferungen zu verlangen, falls sie es für unwirtschaftlich halten. Sie würden dann aber auch den Anteil an den variablen Jahreszahlungen verlieren. Die Reparationskommission würde um Deutschland eine Anzahl von wünschenswerten Generalhypothek auf das deutsche Staatseigentum anfragen. In das Garantiefomitee würde ein neutrales Mitglied aufgenommen werden, das hauptsächlich die Aufsicht hätte, über die von der Reichsbank zu fordernden Garantien zu wachen. Die Reichsregierung müßte durch ein Gesetz beschließen, daß die Schuldverpflichtungen des Reiches und deren Coupons von allen Einfuhrungen aus Einkommensteuer befreit seien und niemals beschlagnahmt werden können. Ein weiteres Maßnahme hätte zu bestimmen, daß die Reichsbank dieselbe Unabhängigkeit genießen solle wie die Bank von England.

Entwurf eines Agrarprogramms

Von Dr. Wilhelm Grumach

I.

Die kapitalistische Landwirtschaft hat ihre Aufgabe, die Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu erschwinglichen Preisen zu versorgen und allen Berufsangehörigen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, nicht erfüllt. Sie kann es auch nicht, da der höchstmögliche Reinertrag, der Profit, ihr einziges Bestreben ist und dieses Ziel nur erreicht werden kann durch Ausbeutung des Verbrauchers durch den Hersteller, des Besitzers der Arbeitskraft durch den Besitzer des Bodens.

Nur eine gemeinwirtschaftlich betriebene Landwirtschaft kann ihre Aufgabe voll erfüllen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei beabsichtigt deshalb die Sozialisierung sämtlicher landwirtschaftlicher Betriebe, welche jetzt durch ihre tatsächlichen Uberschüsse die Verbraucher durch ihren Bedarf an fremder Arbeitskraft landwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte ausbeuten, verzichtet aber auf die Enteignung derjenigen Betriebe, welche weder Verbraucher noch Arbeiter ausbeuten in der Lage sind, der Betriebe von Kleinbauern und Parzellendauern.

Der Boden der enteigneten Betriebe ist allmählich durch Teilung oder Zusammenlegung in die den individuellen Verhältnissen (Zweck, Boden, Ort, Klima) entsprechenden Betriebsgrößen zu überführen.

Die Bewirtschaftung geschieht durch Beauftragte der Gesellschaft, welche praktisch und wissenschaftlich ihrer Aufgabe gewachsen und fähig sind, alle modernen Erzeugungsmittel zu benutzen.

Ihre Tätigkeit wird kontrolliert durch sachverständige Vertreter der ihnen unterstellten Arbeiter und der Gesellschaft.

Entsprechend ist zu verfahren mit Forsten und Binnengewässern. Zugleich sind alle Industrien zu sozialisieren, welche die Hilfsmittel für die Landwirtschaft liefern oder ihre Produkte verarbeiten.

Begründung.

Bezüglich der Grenze der zu sozialisierenden Betriebe verlangen andere häufig nur die Sozialisierung der Großbetriebe. Das liegt allerdings am nächsten und ist wohl am leichtesten zu bewerkstelligen, weil die Großbetriebe häufig die beste Kultur und Organisation zeigen und auch ihrem Umfange nach zur Umwandlung in einen sozialistischen Betrieb sich eignen. Aber schon das letzte ist nicht immer der Fall, weil von den vorhandenen Großbetrieben noch nicht die Hälfte die zweckmäßigste Größe von 200 bis 500 Hektar hat, die übrigen entweder zu klein oder zu groß sind. Wesentliches aber ist, daß es für den Großbetrieb nach unten hin keine Grenze gibt. Bei gutem Boden können schon 50 Hektar einen Großbetrieb (nach jetziger Auffassung) vorstellen, bei schlechtem noch nicht 100 Hektar. Vor allem aber würde durch ein solches Vorgehen die Gesellschaft leicht in Ernährungschwierigkeiten kommen. Nach Abzug von Groß- und Kleinbetrieben würden den Bauern als Eigentümern noch 81 Prozent des gesamten Bodens bleiben. Die Hälfte der Ernährung hängt also von dem Produktions- und Abfertigungswillen der Bauern ab, die dadurch zu Unzwecken der Gesellschaft werden würden. Endlich bliebe in diesen Bauernbetrieben ein Teil des Sozialismus, die Ausbeutung aller Ausbeutung, unerreicht. Deshalb ist Enteignung alles Bodens, mit Ausnahme desjenigen der Klein- und Parzellendauern, die doch nur das erzeugen, was sie verbrauchen, zu fordern.

Ueberführung in die den individuellen Verhältnissen entsprechenden Betriebsgrößen.

Eine für alle Verhältnisse passende produktive Betriebsgröße gibt es nicht. Die für Körner, Kartoffeln und Getreidebau produktivste Betriebsgröße ist der große Komplex, weil nur er die Ausnutzung der größeren technischen Hilfsmittel, wie Dampf- und Motorsägen, Mähmaschinen, Feldmaschinen, erst rationell macht. Der sehr mächtige Gemüsepflanzenbau, Bau von Gemüse- und Gespinnspflanzen, bei denen viel Spatenkultur notwendig ist, und die eine speziell gebildete Leistung brauchen, gelingt besser bei mittlerem Areal: Wein, Obst bei kleinerem Areal. Ebenso ist es mit der Tierzucht: Milchviehzucht, Mast vereinigend sich gut mit dem Ackerbau; Zucht von Jungvieh, die viel individuelle Aufmerksamkeit erfordert, verlangt Mittelgröße, Kleintierzucht, Eierproduktion geringe Ausbeutung.

In der Nähe der Großstädte wird man mehr die Betriebe anheben, die verderbliche Produkte liefern, besonders Gemüsepflanzen, die kleines Areal verlangen. Im übrigen besorgt hier schon die Auseinandergerückung durch das Stadtgebiet die Entwaldung kleinerer Areale.

Allmähliche Ueberführung.

Die Zusammenlegung kleiner Betriebe zu größeren, die schon bei Enteignung der Großbetriebe allein, ganz besonders aber bei Enteignung des Bauernlandes notwendig sein wird, verlangt Vorzeit und Zeit, weil sonst ein Rückgang in der Produktion zu befürchten ist. Schon wenn bei gleichbleibender Größe des Gutes von einer Fruchtfolge in die andere übergegangen werden soll, sind Jahre, ja oft fast so viel Jahre nötig, als die neue Fruchtfolge hat. Man wird die Produktion am wenigsten fürchten, wenn die Größen so übernimmt und anfangs so weiter bewirtschaftet, wie sie sind, und erst allmählich zusammenlegt und während die zweckmäßigsten Größen herstellt. Eine Verminderung der Produktion zu verhindern, muß jedenfalls das Entscheidende sein, denn wir haben bekanntlich wenigstens augenblicklich noch keine genügende Produktion.

Die Bewirtschaftung geschieht durch Beauftragte der Gesellschaft, welche usw.

Die Landwirtschaft ist heute nicht mehr eine Erfahrungskunst, sondern eine Wissenschaft. Die Bewirtschaftung eines Landgutes, besonders eines größeren, verlangt einen Leiter, der allezeit praktisch und wissenschaftlich gebildet ist, vor allem eigenes Urteil über den von ihm zu bewirtschaftenden Boden besitzt. Das wird von allen Theoretikern (Bücher, Feste, Strad, Bauhaus) und Praktikern betont. Diese Eigenschaften können nur einzelne erwerben und besitzen, nicht die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Arbeiter. Die Bewirtschaftung einer Produktionsgenossenschaft den Landarbeitern übergeben, hieße deshalb den Betrieb vernichten.

Selbstverständlich müßte auch ein solcher Leiter der Kontrolle einer Arbeiter und der von der Gesellschaft bestellten Wirtschaftsorganisation unterstehen. Der Aufbau dieser Organisation kann nach dem Muster der auch in andern Sphären tätigen Organisationen geschehen.

Diplomatische Personalien. Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, ist der jetzige deutsche Gesandte in Wien, v. Rosenbergs, für den Gesandtenposten in Kopenhagen an Stelle des Freiherrn von Neurath, der nach Rom geht, auszuwählen worden.

Die Mitverschworenen als Zeugen

Die Kappisten vor dem Reichsgericht

Leipzig, 12. Dezember.

In der weiteren Vernehmung fährt Zeuge Bang fort: Kapp habe aber überhaupt keine Herren zur Verfügung gehabt, die in die Regierung eintreten wollten. Das war, sagt er, überhaupt keine neue Regierung, sondern eine Schwabade. Die sogenannten Kabinettskrisen waren ein Lohwobohu. Es herrschte vollkommene Direktionslosigkeit. Am Abend sagte ich Kapp ins Gesicht, daß er einen ganzen Tag verschwagt, aber nicht regiert habe. Er erklärte, es sei beschlossen worden, mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu treten. Darauf antwortete ich ihm: „Damit haben Sie Ihrer Sache den Todesstoß verleiht.“ Am Sonntag habe ich mich um das ganze Unternehmen nicht mehr gekümmert. Am späten Abend wurde ich nach der Reichskanzlei gerufen, wo ich Pabst und Bauer traf. Letzterer suchte mich zu einer

Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie

zu bewegen. Mit der Arbeiterschaft wollte ich wohl zusammenarbeiten, aber nicht mit der Sozialdemokratie und auf keinen Fall in einem so unorbereiteten Unternehmen. Ich brachte dies auch Kapp gegenüber zum Ausdruck. Er versprach, meinen Wünschen Rechnung zu tragen. Hier griff Schiele ein und sagte zu Kapp: „Wie können Sie solche Versprechungen machen, da wir doch wegen der Gefahr im Ruhegebiet die Sozialdemokratie brauchen.“ Ich schrieb dann den bei mir beschlagnahmten Brief an Oberst Bauer. (Der Brief wird verlesen.)

Verlesen wird dann ein Brief ohne Unterschrift. Bang hat den Brief an einen Herrn aus Raumburg gerichtet. — Oberreichsanwalt: Wie kamen Sie dazu, in Ihrem Brief vom „Minister“ Schiele zu sprechen? — Zeuge Bang: Aus demselben Grunde, aus dem ich vom „Kabinet“ gesprochen habe. Auf eine Frage des Verteidigers erklärt der Zeuge weiter, am 13. März sei

Die Begeisterung in Berlin

größer gewesen als im August 1914.

Auf Antrag des Oberreichsanwalts wird Rechtsanwalt Dr. Martin Halle, einer der Verteidiger Schiele, als Zeuge vernommen, nachdem er die Verteidigung niedergelegt hat. Er macht Mitteilungen über die Beziehungen zum Zeugen Bang und den Brief, den dieser an ihn, den Zeugen, geschrieben hat. Die schon erwähnte nicht wörtliche Abschrift hat der Zeuge dem damals in Ungarn sich aufhaltenden Anwalt Schiele zugesandt. In dem Brief, dessen Original der Zeuge nicht mehr besitzen will, wird mehrfach von einem „Agricola“ gesprochen, unter welchem Namen Oberst Bauer zu verstehen ist.

Generalleutnant v. Hüllen (vorläufig unbeeidigt) sagt aus: Ich leitete vor dem 13. März die Reichswehrbrigade von Potsdam. Mit der Brigade Ehrhardt hatte ich keine Verbindung. Am Abend des 12. März erfuhr ich, daß Lüttich nach einem Zusammenstoß mit Koste entlassen worden war. Ich fuhr zu Lüttich nach Berlin, und dieser erzählte mir von seinem Vorhaben. Ich suchte ihn davon abzubringen.

Am 12. erfuhr ich von Oberst Bod, daß die Garnisonen Berlin, Spandau, Potsdam, Döberitz usw. alarmiert seien. Der Alarmbefehl war von Koste unterzeichnet. — Präsident: Der Befehl soll auch an die Marinebrigade 2, welche Ehrhardt unterstellt, übermittelt worden sein, obwohl sich der Alarm gegen sie richtete. — Zeuge: Es sind noch

andere humoristische Sachen vorgekommen.

Am 12. März beschloß ich, den Potsdamer Bahnhof in Berlin und den Bahnhof in Potsdam zu besetzen und ordnete an, daß von niemandem anderen als von mir Befehle entgegenzunehmen seien. Da die Regierung fort war, kam es darauf an, im Interesse des Reichslandes vorzugehen. Ich war später Zeuge eines sogenannten Kabinettskrisen, in welcher ich die drei Angeklagten sah. Die Verammlung machte einen ziemlich verworrenen Eindruck. Später wurde ich beauftragt, Vermittlungsvorschläge der Mittelparteien an Kapp zu überreichen. Ich traf aber in der Reichskanzlei nur Hauptmann Pabst, der mir erklärte, die Verhältnisse hätten sich vollkommen geändert, die Kommunisten hätten ein Ultimatum gestellt. Däumig solle Reichsanwalt werden. Ich fuhr darauf zum Reichstag und überbrachte den dort anwesenden Herren diese neuen Nachrichten, die wie eine Bombe einschlugen.

Aus den Akten wird ein damals von dem Zeugen verfaßter Bericht verlesen. Darin hat er geschrieben, das ganze Unternehmen sei planmäßig vorbereitet worden. — Oberreichsanwalt: Am Abend des 11. März, als Sie in Döberitz waren, hatte Sie da den Eindruck, daß Lüttich marschieren werde? — Zeuge v. Hüllen: Den Eindruck hatte ich allerdings. — Oberreichsanwalt: Warum haben Sie das nicht Minister Koste berichtet? — Zeuge: Troika war doch auch hingeschickt worden, und ich mußte annehmen, daß Koste durch ihn schon alles erfahren hätte. Herr v. Troika begegnete ich im Döberitzer Lager. — Oberreichsanwalt: Er fand doch alles in Ordnung? — Zeuge: Ihm als Seemann scheint das militärische Auge gefehlt zu haben.

Zeuge General v. Oden: Am 10. März hatte Lüttich in meiner Gegenwart eine Besprechung mit Ebert. Lüttich brachte zunächst militärische Beschwerden vor, dann die bekannten politischen Forderungen. Koste trat dem General Lüttich sehr entschieden entgegen. Am folgenden Tage wurde ich zu Koste gerufen, und er sagte zu mir: „Nach den gestrigen Vorgängen werden Sie verstehen, daß ich mit Lüttich nicht mehr zusammenarbeiten kann. Ich habe ihn zunächst beurlaubt.“ Dann hat mir Koste das Amt Lüttich angeboten. Ich übernahm schließlich die Vertretung Lüttich für die Zeit seiner Beurlaubung. Am Abend kam Oberst Reinhardt zu mir und sagte, die Brigade Ehrhardt wolle nach Berlin marschieren. Ich hielt das zwar für ein Gerücht, fuhr aber doch mit General von Odenhausen nach Döberitz hinaus und verhandelte mit Ehrhardt. Er erklärte,

er habe den Befehl zum Marschieren erhalten und werde marschieren.

Wir fuhren zurück und machten Koste Mitteilung. Das war nichts gegen 2 Uhr im Reichswehrministerium. Koste erklärte kurz, er verhandele mit Meuterern nicht und verlangte, daß die Berliner Truppen gegen Ehrhardt vorgehen. Ich erwiderte, unsere Truppen seien zu schwach dazu, und es werde ein allgemeiner Kampf in Berlin entbrennen. Die Truppe Ehrhardts war von ganz hervorragender Eigenschaft. Mit ein paar Maschinenengewehren an der Spandauer Brücke hätte man diese Truppe in keiner Weise halt gebieten können.

Reichsjustizminister a. D. Schiffer, der nach der Mittagspause vernommen wird, äußert sich zunächst über die bekannten Vorgänge

kurz vor dem Putsch und die Beratungen des Kabinetts, das beschloß, den Kampf nicht aufzunehmen. Der Zeuge schlägt vor, die große Mehrheit der Regierung solle Berlin verlassen, er selbst wolle als Vertreter des Reichsanwalts in Berlin bleiben und sehen, was zu tun sei. So wurde dann auch beschlossen. Morgens ging er wieder in die Reichskanzlei, wo Kapp kurz darauf eintraf. Mit Staatssekretär Albert ging er zu Kapp, bei dem Jagow, Falkenhäuser und andere sich befanden. Kapp fragte mich, führt der Zeuge fort, ob ich die Konsequenzen aus den Ereignissen ziehen wolle. Ich erklärte, er habe kein Recht zu seinem Vorgehen. Aber

mit Händen die Mittel zum Widerstand nicht zur Verfügung.

v. Jagow möchte sich ein und sagte mit einer mißachtenden Handbewegung: Wie kann man nach den Novembertagen in diesem Hause von Recht sprechen? Ich ging fort und traf in meinem Ministerium 2 Offiziere, die mich verhaften wollten. Ich wurde veranlaßt, das Haus nicht zu verlassen.

Am 16. März ging der Zeuge in den Reichstag, um sich nach dem Erfolg der Vorstellungen der Staatssekretäre bei Lüttich zu erkundigen. Oberst Bauer wollte mit dem Zeugen verhandeln, er lehnte aber ab. Am nächsten Morgen erschienen v. Oden, Bauer und Ehrhardt bei dem Zeugen. Es kam die Nachricht, daß Lüttich zurückzutreten bereit sei. Der Zeuge wehrte sich gegen die Unterstellung, als ob er ein Amnestieverprechen gegeben habe.

Es wird ein von Kapp an Schiffer gerichteter, aber nicht in die Hände des Adressaten gelangter Brief verlesen, in welchem er seinen Rücktritt erklärt, sich über die Lauterkeit seines Vorgehens usw. äußert und den Vornamen des Hochverrats zurückweist. Nur gegen Hunger und Bolschewismus habe er sich wenden wollen. — Der Zeuge Schiffer erklärt, er habe von diesem Brief heute zum ersten Male.

Staatssekretär a. D. Freiherr v. Falkenhäuser (ein gegen ihn eingeleitetes Verfahren ist eingestellt worden, er bleibt deshalb vorläufig unbeeidigt) bekundet: Allgemeine Pläne Kapps sind mir im Winter 1919/20 mehrfach zu Ohren gekommen. Kapp selbst hat mir von seinen Plänen niemals etwas gesagt, offenbar weil er wußte, daß ich mich dagegen ablehnend verhalten würde. Ich war überzeugt davon, daß eine Regierung der Reichswehr, die auf gewalttätige Weise zur Macht kommen würde, sich nicht halten könne. Für die Nationale Bewegung in der Provinz Brandenburg habe ich gewirkt, bis die Bewegung durch das Kapp-Unternehmen zum Stillstand kam. Am 12. März wurde ich telefonisch nach Berlin zu Jagow gebeten. Ich fuhr nach Berlin und nahm an einer

Arbeitsversammlung der Deutschnationalen Volkspartei

teil, in der mir von den Vätern Kapps Mitteilung gemacht wurde. Als ich Jagow dort nicht traf, suchte ich ihn im Kasino auf. Ich erhielt von ihm den Befehl, ich solle am nächsten Morgen 6 Uhr am Brandenburger Tor sein. Ich weiß es nicht mehr genau, aber er sagte wohl ungefähr: „Kapp rechnet auf Dich.“ Ich wußte genau, daß Kapp, wenn er eine neue Regierung errichtete, mich dazu berufen würde. Wir hatten schon früher über die verschiedenen in Frage kommenden Persönlichkeiten gesprochen. Wie wurde der Vorken eines Chefs der Reichskanzlei in Aussicht gestellt.

Auf eine Frage des Präsidenten erklärt der Zeuge: Ich habe nur eine Verfügung, die Kapp schon unterzeichnet hatte, ebenfalls unterzeichnet. Das war der einzige Fall, in dem ich für die neue Regierung durch Unterschrift eingetreten bin.

Oberreichsanwalt: Worauf zielten die Pläne Kapps? — Zeuge: Kapp wollte meines Erachtens die Herrschaft der Parteien ersetzen durch eine Regierung, die nach sachlichen Gesichtspunkten arbeitete. — v. Jagow sagt den Zeugen, ob er glaube, daß Ebert Kapp ebenso zum Diktator habe ernennen können, wie er Hering zum Diktator der Provinz Sachsen ernannt hatte. (Heiterkeit.) — Der Zeuge kann diese Frage nicht beantworten, ebenso nicht die, ob er Jagow für schuldig halte.

Leutnant der Reserve, Architekt Köhler aus München war Führer der Kraftwagenabteilung der Marinebrigade Ehrhardt. Er erhielt einige Tage vor dem Putsch den Befehl, sich bereit zu halten. Er teilt mit,

daß drei Unteroffiziere sich weigerten,

den Marsch mitzumachen, indem sie erklärten, sie seien auf die Verfassung und die Regierung vereidigt, und sie hätten geschworen, daß etwas gegen die Regierung geplant sei.

Maschinenmaat Schwann aus Emden gibt an, daß er und zwei andere Unteroffiziere sich am 13. März geweigert haben, den Marsch der Ehrhardt-Brigade mitzumachen. Die drei wurden sofort des Dienstes entlassen. Der Zeuge bekundet, daß unter den Kameraden davon die Rede war, daß ein militärischer Aufstand geplant sei. Ein Offizier ludte die drei umzukommen, indem er ihnen erklärte, sie seien nicht richtig auf die Verfassung vereidigt. Unter den Mannschaften war der geplante Putsch ein offenes Geheimnis.

Die beiden nächsten Zeugen, Maschinenmaat Wagner aus Wilhelmshaven und Maschinenmaat Einhorn, bestätigen und unterstützen ebenfalls unter ihrem Eid die Aussage des Zeugen Schwann.

Um 4 1/2 Uhr wird die Weiterverhandlung auf Dienstag vor-mittag 9 Uhr, vertagt.

Die Akten des Märzputsches

Der Untersuchungsaußschuß des Preussischen Landtages über die Vorgänge in Mitteldeutschland verhandelte am Montag über das von Frau Abg. Zeitlin bei Ueberreichen der russischen Grenze abgenommene Aktenmaterial. — Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) suchte das Material mit der Behauptung zu entlasten, daß die angeblichen Verlässe der Protokolle ihre Urheberhaft bekräftigen und daß die Polizei das Material zurechtgestellt habe, um Oberlein zu belasten. Demgegenüber wiesen die Abg. Schölich (Soz.) und Feilmann (Soz.) darauf hin, daß weder Frau Zeitlin noch die „Rote Fahne“ die Echtheit des Materials bekräftigen hätten. Angenommen wurde ein Antrag Dr. Meyer (Komm.) auf Zusammenstellung der öffentlichen Erklärungen über das sogenannte Zeitlin-Material. Der kommunistische Antrag, die Akten des Reichsgerichts über die Strafverfolgung auf Grund dieses Materials einzufordern, wird abgelehnt.

In einem Schreiben legt Oberpräsident Hering Verwahrung ein gegen die Behauptung eines Zeugen, er habe gesagt, je blutiger der erste Tag sei, desto unblutiger würden die folgenden Tage sein. Er habe vielmehr sein Bedauern über die Verluste sofort ausgesprochen. — Ein Antrag Dr. Liebknecht (H.-Soz.) auf Zusammenstellung aller noch vorliegenden Wechseltage soll bei Feststellung des Ausschussberichts für das Plenum bekräftigt werden.



Wer eine gute Zigarette liebt,
wird immerhin
eine halbe Mark anlegen müssen. Das ist der angemessene
und - wie Sie zugeben werden - begründete Ladenpreis
für die gute Massafy-Classe 50's

Das Finanzjeld Berlins

Eine Darlegung vor den Reichstagsabgeordneten

Im Stadtverordnetenversammlungssaale des Berliner Rathhauses legte heute vormittag der Oberbürgermeister Böß und Stadtkämmerer Dr. Karling die Finanzlage der Stadt Berlin den Vertretern der Reichstagsfraktionen dar.

Oberbürgermeister Böß erklärte: Das Reich habe bisher keine ernsthaften Schritte unternommen, den Städten zu helfen. Die besondern Verhältnisse Berlins erfordern aber, daß in aller Kürze eine andere Politik seitens des Reiches eingeschlagen werden müsse. Eine reinliche Scheidung müsse in bezug auf die Einnahmequellen geschaffen werden.

Wie sehr die Finanznot Berlins bereits dem Glend preisgegeben hat, schildert der Stadtkämmerer Dr. Karling, der unter anderem ausführte: Die Städte haben nach dem Kriege neue Lasten übernehmen müssen, für die sie keine Deckung erhielten. Es handelte sich hier besonders um die Erwerbslosenfürsorge, Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge und die Ausgaben auf dem Wohnungs- und Wohnungsgebiet. Hierfür habe Berlin nicht weniger als 30 v. H. seines garantierten Einkommensteueranteils aufwenden müssen. Die Mehrausgaben an Gehältern und Löhnen nach der neuen Besoldungsordnung beanspruchen von dem Einkommensteueranteil 50 v. H. Demgegenüber ist die prozentuale Steigerung der Beteiligung an der Reichseinkommensteuer lächerlich gering. Die Gesamtausgaben Berlins sind im Jahre 1920 auf das Vierfache von 1919 gestiegen. Das sogenannte steuerfreie Existenzminimum, das man den Städten überlassen hatte zu besteuern, hätte für Berlin im Jahre 1920 200 Mill. M. bringen können, doch hätte man diese Einnahmequelle den Städten wieder genommen. Berlin hätte nur noch im wesentlichen zwei Einnahmequellen: die Tarife seiner Werke und die Realsteuern, die kaum noch eine weitere Ausbreitung ermöglichen lassen. Trotz Sparbarkeit und Einschränkung auf allen Gebieten steuere Berlin dem Glend entgegen. Die Parkanlagen geraten langsam in Verfall. Witten im Sommer müssen die Festenspiele, die unbedingt notwendig für die Groß-Berliner Jugend waren, abgebrochen werden, die Kinderschulspielungen wird die Stadt wahrscheinlich nicht mehr aufrecht erhalten können, da einfach die Mittel hierfür nicht vorhanden sind. Auf dem Gebiete der eigentlichen Wohlfahrtspflege ist Berlin schlechter als jede andere Stadt dran. Die Berliner Armenunterstützungssätze sind geringer als anderwärts. Im vorigen Winter war die Finanznot derartig schon angebrochen, daß die im Reichsbilde der Stadt angefangenen Bantzen halbzeitig stehen gelassen werden mußten. Es sind

für 200 Millionen Mark begonnene Arbeiten nicht zu Ende

geführt worden, hierunter Krankenhäuser, Badeanstalten und Friedhofsbauten. Nicht weniger als 800 Millionen Mark fehlen Berlin, um diese begonnenen Arbeiten zu vollenden. Unberücksichtigt hierbei ist der große Geldbedarf für die Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn. Ferner brauchen wir große Gelder für unsere Werke, um die Wirtschaftlichkeit zu steigern. Wir konnten im laufenden Jahr unsere Ausgaben nur dadurch decken, daß wir die Anleihen vergrößert haben, die der Stadt Berlin genehmigt worden sind. Eine solche Maßnahme ist für die Finanzpolitik der Stadt äußerst unglücklich. 1920 schloß der Haushalt der Stadt Berlin mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 400 Mill. Mark ab, 1921 werden bei größter Sparbarkeit und Einschränkung noch 250 bis 300 Mill. Mark ungedeckt

sein. Es kann uns nur mit großen Mitteln geholfen werden. Die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer und die Umsatzsteuer sind geeignet, die Städte in erhöhtem Maße zu beteiligen. Berlin braucht

ein Mehr von mindestens 500 bis 700 Millionen Mark im Jahr.

In der sich anschließenden Debatte sprach sich der Reichstagsabgeordnete Dr. Scholtz dahin aus, daß ein interfraktioneller Ausschuß im Reichstag gebildet werden müsse, um die Not der Städte dauernd zu prüfen. Abg. Dittmann (U. S. P. D.) schlug eine inoffizielle Vollziehung des Reichstages vor, in der Vertreter der Städte das Referat übernehmen sollten.

Das Ausratorium der Stiftung der Berliner Gewerbeausstellung im Jahre 1879 teilt mit: Aus der Stiftung der Berliner Gewerbeausstellung im Jahre 1879 sollen Stipendien, wie alljährlich, auch im Monat März 1922 verteilt werden, und zwar an die der Industrie und dem Gewerbe sich widmende Jugend behufs ihrer weiteren Ausbildung durch Teilnahme an den Tageskursen öffent-

licher, technischer und Fachschulen. Nur solche Personen können Berücksichtigung finden, die in Berlin geboren und ortszugehörig sind oder mindestens die letzten vier bis fünf Jahre ununterbrochen in Berlin gewohnt und die Lehrjahre bereits beendet haben. Gesuche um ein Stipendium sind schriftlich unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, der Schul- und sonstigen Zeugnisse des Lehr- bzw. Brotherrn oder beglaubigter Abschriften dem unterzeichneten Kuratorium, Spandauer Straße 32, II. Zimmer 1 (Gewerbedureau des Magistrats), in der Zeit vom 15. Dezember d. J. bis 15. Januar 1922 einzureichen. Sträter eingehende Gesuche oder solche, bei denen eins der vorstehend bezeichneten Beweismittel mangelhaft ist bzw. ganz fehlt, können nicht berücksichtigt werden.

Erhöhung der Krankentransportgebühren

Der Ausschuß für das Rettungswesen hat beschlossen, von Privatpersonen folgende Transportgebühren zu erheben:

Innerhalb eines Verwaltungsbezirks der Stadtgemeinde Berlin 100 Mark (wobei die Verwaltungsbezirke 1-6 als ein Bezirk zu rechnen sind), darüber hinaus 150 Mark. Bei Entfernungen von über 15 Kilometer sind pro Reckilometer 10 Mark zu erheben. Findet die Aufnahme in der 2. oder 1. Klasse eines Krankenhauses oder Sanatoriums statt, so erhöht sich die obengenannte Gebühr bei der 2. Klasse um 50 Prozent und bei der 1. Klasse um 100 Prozent. Patienten, deren Familieneinkommen jährlich höchstens 2000 Mark beträgt, haben nur die den Krankenkassen in Anrechnung zu bringenden Sätze zu zahlen.

Für den Weitertransport eines Kranken in ein weiteres Krankenhaus sind je 60 Mark zu zahlen. Bei Nichtzustandekommen eines Transportes sind zwei Drittel der Grundgebühr zu erheben. Bei Ferntransporten über die Grenze der Stadtgemeinde Berlin hinaus sind pro Kilometer 15 Mark zu entrichten.

Auch die Gemeinde soll wuchern

Die vereinigten Kohlenhändler im 15. Verwaltungsbezirk hatten öffentlich die Gemeindeverwaltung beschuldigt, daß sie den bei den städtischen Verkaufsstellen eingetragenen Kunden die Briefets bis zum 3. Dezember noch zu dem alten, bekanntlich ab 24. November erhöhten Preise abgeben und dadurch die Leistung der Steuerzahler geschädigt habe. Das Bezirksamt erklärt jetzt öffentlich diese Beschuldigung der Kohlenhändler als falsch und ungebührlich. Die Gemeindeverwaltung habe nur das übliche Verfahren der Händler, die Preisverhöhung sofort für alle auf Lager befindliche Ware einzutreten zu lassen, nicht mitgemacht, sondern sie habe die zum alten Preise erworbenen Kohlen an Kunden, die den ihnen zustehenden Bedarf noch nicht gedeckt hatten, zum alten Preise verkauft. Eine Schädigung der Steuerzahler könne dadurch nicht eintreten.

Echt vaterländisch

Man schreibt uns: Als Vormund einer Kriegswaise, eines 10jährigen Mädchens, habe ich für dieselbe eine Rentenrente der Landesversicherungsanstalt Brandenburg in Höhe von monatlich 3,40 Mark, in Worten: drei Mark und vierzig Pfennige (!), bei der Postanstalt Neukölln abgehoben. Diesen Betrag lasse ich sonst von der Pflegemutter des Kindes, welche auch das Geld bekommt, mit der vorher unterschriebenen Quittung abgeben. Diesmal war ich nun nicht im Besitz eines Quittungsformulars und versuchte, in 2 Postämtern und auch 2 Polizeibureaus solche zu erlangen. Jedoch vergebens. Zwischen erhielt ich durch die Postanstalt Neukölln die Aufforderung, die diesen Monat nicht abgehobene Rente umgehend abzugeben. So war ich gezwungen, selbst dorthin zu gehen, in der Hoffnung, bei der Auszahlungsstelle einige Formulare zu erlangen. Zur Zeit habe ich ein verbrauchtes Blatt, was deshalb gezwungen, 2 Arbeitsstunden zu versäumen und 3 Mark für Straßenbahn auszugeben. Glücklicherweise erhielt ich bei der Auszahlungsstelle ein Formular und nach Unterschrift die 3 Mark und 40 Pfennige. Gleichzeitig erhielt ich den Bescheid, daß ich mich wegen weiterer Formulare an die Landesversicherungsanstalt direkt wenden dürfte. Dieses tat ich brieflich und hatte außer

Die Wahl der Delegierten zur Reichsfrauenkonferenz

erfolgt in der Frauenmitgliederversammlung heute abend 7 Uhr in der Schulaula, Weinmeisterstr. 17/18. Jede Genossin kann sich beteiligen. Mitgliedsbuch legitimiert!

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Fanzl

Copyright 1921 by Grefflein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(40. Fortsetzung)

Die Ratgeber.

Am Abend nach seiner Rückkehr vom Lande folgte Réal mit seiner Frau einer Einladung Josef Coignys zum Essen.

„Sie müssen schon entschuldigen,“ sagte der Wirt zu seinen Gästen, „ein Junggefallenheim.“

Réal kannte die Wohnung seines Freundes. Oft hatte er da seine Zigarre geraucht. Aber mit seiner Frau erschien er heute zum erstenmal.

Réal wartete noch auf Alexander Bloquet. Inzwischen zeigte Coigny sein orientalisches Rauchzimmer und eine andere mit Waffen und Familienbildern ausgeschmückte Stube. Man sah wenig Kunstgegenstände, mit Ausnahme einer schokoladenfarbigen Bronze, die eine badende Frau darstellte, und eines Silberbehalters, den ihm irgendein Sportverein gewidmet hatte. Auf verschiedenen Photographien war Josef Coigny in allen Lebensaltern verewigt, desgleichen andere Coignys, Männlein und Weiblein, nahe und ferne Verwandte, die alle einige Familienähnlichkeit aufwiesen.

Endlich erschien Alexander Bloquet. Mit seinem ganzen verrunzelten Gesicht lächelnd, schüttelte er Coigny, der ihm ungemein gefiel, die Hände und küßte seine Tochter auf beide Wangen. Réal war minder begünstigt. Schon mehrmals hatte Herr Bloquet seinen Schwiegerohn getadelt, daß er nicht genug arbeite, und nunmehr brachte er dem Schriftsteller sehr gemischte Gefühle entgegen. Noch hatte er ja die Ueberzeugung, einen berühmten Mann vor sich zu haben; aber er begann ihm doch schon die Ueberlegenheit zu zeigen, die Leute von gesundem Menschenverstand gegen einen abwegigen Geist an den Tag zu legen pflegen.

Die Mahlzeit war aus einer Gastwirtschaft bezogen. Das Essen war reichlich, doch ohne besonderen Geschmack und durch eine gemeinsame Tunke gewürzt.

Frau Réal lobte alles, so daß Réal dachte: „Ich habe Melanie doch wirklich manchmal unrecht getan. Sie hat ein sehr gutes Herz.“

Mit vielen Selbstanlagen wegen ihrer Schmelgerei nahm sie schließlich eine Zigarette mit Goldmundstück und ein Becherchen Kakaocreme an und scherzte:

„Ach, Herr Coigny, ich wage gar nicht, all diese Schätze zu berühren, die doch für Ihre schönen Freundinnen bestimmt sind, nicht wahr?“

Coigny berief sich auf seine solide Lebensführung, wobei er schmunzelnd seinen blonden Schnurrbart strich.

Réal langweilte sich in Gesellschaft dieses Lebemannes, seines Schwiegervaters und seiner Frau, die sich vor Vergnügen, bei einem Junggesellen zu speisen, nicht lassen konnte. Aber als wohlgezogener Mann trug er durch einige Anekdoten, die Coigny offenen Mundes anhörte und mit köstlicher Heiterkeit aufnahm, zur Unterhaltung bei.

Im Wohnzimmer, einem kalten Raum, aus dem sich die Gemütslichkeit durch die verschiedenen Glastüren verflüchtigt zu haben schien, wollte die Unterhaltung nicht recht vorwärts. Um sie zu beleben, fragte Coigny:

„Réal, mein lieber Freund, woran arbeiten Sie jetzt?“

Réal erwiderte, daß ihm die Arbeit keine Freude mache. Er könne nicht recht an die Stoffe heran, die ihn fesselten. Frau Réal ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, ihrem Mann eins auszuwaschen.

„Nette Stoffe hast du dir ausgesucht! Schelten Sie doch ein wenig, Herr Coigny! Schon seit zwei Monaten kenne ich mich nicht mehr in ihm aus!“

Réal suchte den drohenden Angriff durch einige Scherze abzuwehren, aber ohne Erfolg.

Seine Frau ließ nicht ab: „Hoffentlich hast du nicht den lächerlichen Aufsatz geschrieben, von dem du mir erzählt hast?“

„Welchen Aufsatz?“ fragte Coigny.

„Denken Sie nur, lieber Freund,“ wandte sie sich an Coigny, „er will schon wieder vom Krieg anfangen! Davon will doch kein Mensch mehr hören!“

„In der Tat,“ gab Coigny zu, „der Krieg ist ganz unmodern geworden.“

Réal erwiderte sanft:

„Sie wollen vielleicht sagen, daß solche Arbeiten keine Bedeutung mehr haben?“

Seine Frau schalt weiter: „Er will mit den neuen Reichen anbinden, mit den Industriellen, mit den Zeitungen, mit der ganzen Welt. Das ist Wahnsinn! Er wird nichts erreichen als den Verlust der Verbindungen, die ihm nützen können. So weit hat er es

der Schreibmaterialauslage noch 40 Pfennig Porto zu zahlen, und diese ganzen Umstände wegen 3 Mark und 40 Pfennig. Wahrscheinlich, Sankt Bureaucratius ist unsterblich! Im übrigen mühten die Waisenrenten längst der Zeit entsprechend aufgebessert sein; der Kaufkraft des Geldes angepaßt mindestens auf 60 Mark monatlich. Gerade die Kernten der Armen, die Kriegswaisen, mit dermaßen lächerlichen Renten abzufinden, zeugt durchaus nicht von dem „Dank des Vaterlandes“.

Koschere Menschenfleischwurst

Wenn sich der Magen umdreht, wenn er das Fleis, befindet er sich in derselben Lage, in die wir uns selbst versetzt haben, als uns das nachstehende Schriftstück zuzug. Wir geben es als Beweis einer nicht mehr zu überbietenden Gemeinheit der Gewinnung im Wortlaut wieder. Hier:

Zur Aufklärung für das Berliner Publikum

Arbeiter!

Ob die Cure Kranken nicht in die Berliner Krankenhäuser, in diese Mörderhöhlen. Es liegen unzweifelhafte Beweise dafür vor, daß zahllose in die Groß-Berliner Krankenhäuser eingelieferten Personen, die zu Hause bald genesen wären, durch die verbrecherischen „Kuren“ der Nordbuben, genannt „Merzte“, systematisch getötet wurden. Mit Morphin, Strochnin, Digitalis und anderen Giften werden die armen Kranken angeblich beruhigt, in Wirklichkeit langsam dem Tode ausgeliefert. Warum??

Weil diese jüdischen Nordbuben ein Interesse daran haben, daß recht viele sterben, damit sie die armen Leichen, die sich nicht mehr wehren können, wie ein Stück Vieh zerfleischen und zerstückeln können!

Aber leider, leider wissen die Berliner noch nicht das Schlimmste, was ihnen bevorsteht, wenn sie in diese Mörderhöhlen kommen.

Habt Ihr Euch Cure armen Toten genau angesehen, wenn sie im Sarge lagen? Da die „Merzte“ in den Krankenhäusern schlecht bezahlt werden, stecken sie mit den Leichen, wässern unter einer Decke. Diese letzteren verkaufen die festierten Menschenleichen (oft, wenn sich keine Angehörigen darum kümmern, sogar die ganzen Leichen) an Bierbeschäftereien, ja, es sind schon Fälle vorgekommen, daß Menschenfleisch aus den Krankenhäusern auf dem Zentralviehhof gehandelt wurde. Bisher wurde alles vertuscht!

Berliner!

Wollt Ihr Euch diese himmelschreienden, bodenlosen Gemeinheiten der meist jüdischen Nordbuben, genannt „Merzte“, länger gefallen lassen? Glaubt nicht, daß die Judenregierung hier eingreifen wird; wie bisher, so wird es auch weiter vertuscht werden, wenn Ihr Euch hier nicht zummentut. An Euch liegt es, wenn Cure Anghörigen noch im Tode geschändet werden!

Das Gesindel ist in Schreibmaschinenchrift vervielfältigt und wird offenbar in großen Mengen verbreitet. Die Absicht ist klar: es soll bei urteilslosen Menschen durch das Märchen von den angeblichen Leichenschändungen eine Pogromstimmung erzeugt werden, und wenn nebenbei auch die „Judenregierung“, das heißt: die Republik gelobt werden kann, desto besser. Das ist Geist vom Geist Knüppel-Kunhes. Arbeiter, spud aus und hör nicht hin!

Die Direktion der Gaswerke weist gegenüber anders lautenden Mitteilungen darauf hin, daß bei den Altköhlernen Gaswerken nur ein Gesamtlohnbestand für durchschnittlich fünf Tage lauzert. Dieser Vorrat wird mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Verkehrsfrage als durchaus ungenügend bezeichnet.

Rama-Familienfreuden im Zirkus Busch. In der indischen Tierzucht, die im Karstalle des Zirkus Busch eine besondere Sehenswürdigkeit bildet und zu welcher während der Pause des riesigen Spielplatzes ein ungeheurer Andrang herrscht, ist ein freudiges Ereignis eingetreten. Ein junges Rama kam zur Welt. Die Lama-Rama betreut ihren überaus niedlichen Jüngling nach alter Lama-Familientradition mit großer Sorgfalt, während im Nebenabteil der „Herr Papa“ mit bereitstem Vaterholz das Familienwohl überwacht. Das Mutterglück ließ übrigens eine im gleichen Karstallabteil untergebrachte niedliche Bonnasute nicht schlafen. In einer der letzten Nächte genah sie eines gelunden Erdrückens. Auch hier kann gesagt werden: „Mutter und Kind befinden sich wohl.“

gebracht. Und gerade im Augenblick, da er in die Akademie gewählt werden soll! Sie werden mir wohl zugeben, daß das unerhört ist.“

„Unerhört!“ wiederholte der alte Bloquet, wobei er wiederläufig seine Kinndaten bewegte.

Frau Réal bemühte sich, Mitleid zu erregen.

„Bringen Sie ihn doch zur Vernunft, Coigny. Ich habe getan, was ich konnte.“

Coigny war nicht sehr schlaffertig. Endlich raffte er sich zu folgendem Einwurf auf:

„Ja, mein lieber Freund, ... was denken Sie eigentlich?“

Réal erwiderte wie im Selbstgespräch:

„Ich denke gar manches, besonders seit zwei Monaten. Ich denke an Dinge, denen die Leute der guten Gesellschaft lächerlich aus dem Wege gehen. Ich denke an die Zusammenhänge zwischen dem Begriff Krieg und dem Begriff Vaterland.“

Bei diesen Worten zeigten sich Frau Réal und Coigny entrüstet. Er wagte es, über den Begriff Vaterland nachzudenken!

Er fuhr fort:

„Ihr könnt euch also vorstellen, daß ich nicht in der Laune bin, meine harmlosen Geschichten von dazumal wieder vorzunehmen. Das ewig wiederkehrende Dreieck Mann-Frau-Liebhaber macht mir keinen Spaß mehr. Sich heute an Witworten belustigen, das ist ebenso jämmerlich, wie in einem Krankenhause Tango tanzen.“

Frau Réal rang mitleidheischend die Hände:

„Da habt ihr ihn!“

„Sagen Sie mal, lieber Freund,“ lenkte Coigny ein, „was bezwecken Sie denn mit all dem?“

„Das weiß ich nicht. Ich habe keinen Zweck. Aber ich kann hinter einer Maske nicht weiter leben.“

Coigny legte sich unter dem Einfluß Melanies ins Mittel: „Lieber Freund, soll ich Ihnen sagen, was kommen wird? Wenn Sie so fortfahren, werden Sie sich eine Menge Streitereien aufbürden, die Ihnen großen Verdruß bereiten werden.“

Herr Bloquet warf überaus einig: „Recht angenehm für uns.“ Seine Tochter zuckte die Achseln. „Er scheint große Lust zu haben, ins Gefängnis zu wandern.“ (Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Nationale Angewandte Gewerkschaften

Wir haben uns schon einmal mit den div. gewerkschaftlichen — Regellern beschäftigt. Der Kuriosität halber geben wir unseren Lesern Kenntnis von nationalen Berufsverbänden, die irgendwo im Schatten eine kümmerliche Existenz führen und die sogar gegen den Deutschen Beamten-Bund den Vorwurf erheben, keine „partei-politische Neutralität“ bei dem Generalstreik (Kapp-Putsch) leeres Scherz gewesen, die Führer des D. B. B. hätten Anschlag an die Linksparteien gesucht, weshalb sich eben „zahlreiche“ Beamten vom D. B. B. loslogten und den „Nationalen Beamtenverband“ gründeten.

Diese erschütternden Mitteilungen finden wir in Nr. 22 des Zentralblattes des Nationalverbandes Deutscher Berufsverbände und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsräte. Dieser mit Hindenburg und Ludendorffem „Geist“ durchtränkte Nationale Beamtenbund, der sich wahrheitsgemäß aus unpatriotischen Gründen in den „Reichsbund deutscher Berufsbeamten“ umtaufte, hielt letzthin eine Tagung ab. Wo und wieviel Leute an dieser Tagung teilnahmen, wird nicht verraten. Es wurde aber schmerzhaft betont, daß die Revolution dem Berufsbeamtentum Gefahren brachte. Ergo gingen sie hin und gründeten ein Verzeichnis. In derselben Nummer erfahren wir, daß in letzter Zeit noch mehr Sondertagungen ähnlicher Gebilde stattfanden. Und zwar gibt es auch einen Reichsbund Deutscher Angestellten-Berufsverbände, einen Reichsverband Deutscher Haus- und Privatlehrerinnen, Bund deutscher Facharbeiter, Deutscher Hotel- und Gastwirtschaftsstellensverband, Reichsverband deutscher Klein- und Straßenbahner, Bund Deutscher Heilgehilfen, Gewerkschaftsbund der Handwerksangestellten, Reichslandarbeiterbund, Deutscher Arbeiterbund und einen Berufsverband der deutschen Staats- und Gemeindearbeiter.

Wir würden gern wissen, wo die fiktiven Verbände ihren Sitz und ihre Mitglieder haben. Jedenfalls haben sie aber mehr — Patriotismus und Deutschtum reaktionärer Güte als gewerkschaftspolitische Einsicht in ihren Köpfen. Die fortschreitende Sinnverfälschung unserer Wirtschaft wird dafür sorgen, daß es auch in jenen Köpfen helle werden und sie veranlassen wird, ihre total unzulänglichen Gebilde aufzugeben, um sich einzufügen in die große Abwehrfront des Proletariats gegen den Kapitalismus.

Lohnregelung für die städtischen Gutsarbeiter

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben: Angehends der Teuerungszustände hatte der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband bereits bei der Verhandlung über die Lohnzulage der übrigen städtischen Arbeiter den Antrag gestellt, die Lohnregelung der Löhne ab 1. Oktober d. J. auch auf die Guts- und Forstarbeiter auszudehnen. Der Magistrat hat dem stattgegeben mit der Maßgabe, daß gesonderte Verhandlungen sofort aufgenommen werden sollten.

In einer Verhandlung zwischen einem Ausschuss des Magistrats und Organisationsvertretern kam es nicht zu einer Einigung, da das Angebot des Magistrats den Forderungen des Verbandes nicht entsprach. Die Differenzen wurden von dem Ausschuss dem Magistrat in seiner Sitzung am 7. Dezember d. J. vorgelegt. Dieser beauftragte wiederum den bereits einsetzten Unterausschuss, sofort neue Verhandlungen aufzunehmen, und zwar sollten die Löhne der Forst- und Rieffelwärtler nicht nur für die Monate Oktober und November, sondern auch für Dezember geregelt werden.

Zwischen bemühten sich die Organisationsvertreter in einer Rücksprache beim Oberbürgermeister, den Arbeitern zum mindesten noch vor Weihnachten einen Vorstoß auf die Lohnregelung der Löhne zu zahlen. Durch Vermittlung des Oberbürgermeisters fanden dann am 9. d. M. erneute Verhandlungen statt, in denen es endlich zu einer Einigung auf folgender Grundlage kam:

Der freie Arbeiter (Arbeiter ohne Deputat) soll zu seinem bisherigen Lohn (4,41) eine Stundenlohnzulage von 1,30 M. erhalten; der Deputatant eine solche von 90 Pf. (bisher 2,11 M.), der Rieffelwärtler (Arbeiter mit Teildeputat) 1,20 M. (bisher 3,73 M.), Burken 74 Pf. (bisher je nach Alter 1,18 M. bis 3,10 M.), Frauen 53 Pf. (bisher 1,33 M.), Jugendliche, weibliche, 50 Pf. (bisher 1,06 bis 1,91 M.).

Die Sätze gelten ab 1. Oktober bis einschließlich Dezember dieses Jahres und gelten nur für diejenigen Arbeiter, die am 7. November tatsächlich beschäftigt waren. Die bisherige

Kinderzulage von 6 M. pro Woche und Kind wird erhöht auf 50 M. monatlich. Daneben erhalten die Forst- und Gutsarbeiter gleichfalls wie die übrigen städtischen Arbeiter eine einmalige Lohnbeihilfe von 300 M. Nicht Vollbeschäftigte erhalten die Lohnbeihilfe anteilig.

Die Tarifkommission hat diese Sätze angenommen und, wie wir erfahren, der Magistrat in seiner Sonder Sitzung am 10. dieses Monats ebenfalls.

Mittwoch Zahlabend in Groß-Berlin

Die Schulreinigungsfrauen streifen

Ende September wurde vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine Verhandlung mit dem Magistrat gepflogen dahingehend, daß auch die Schulreinigungsfrauen unter den Tarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu stellen sind. Die Verhandlung führte dazu, daß die Schuldeputation sich diesem Antrage anschloß. Der Magistrat lehnte aber den Antrag ab und machte einen Gegenvorschlag, auf dessen Basis eine Einigung nicht möglich war. Die Frauen sind nun in den Streik getreten.

Der Streik zeitigt große Schäden für die schulpflichtigen Kinder, die in dem Staub und Schmutz, den niemand beseitigt, diese Stunden am Tage zubringen müssen.

Es wird Sache der Elternräte sein, auf den Magistrat dahingehend einzuwirken, daß er die Frauen tarifmäßig entlohnt.

Entlassungen von Angestellten bei den Finanzämtern

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt: Obwohl in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten immer wieder darauf hingewiesen wird, daß der Einzug der Besteuerungen nicht erfolgt, weil die Steuerbehörden mit Arbeiten überlastet sind, nehmen die Finanzämter trotzdem fortgesetzt Entlassungen von Angestellten vor. Man will auch hier, wie bei den übrigen Behörden die „Homogenität“ des Personals herbeiführen. In Zukunft sollen nur noch Beamte bei den Steuerbehörden beschäftigt und Militärämtern bevorzugt eingestellt werden. Von diesen Maßnahmen werden Angestellte betroffen, die z. T. bereits vor dem Kriege bei den Landessteuerbehörden tätig waren und den Steuerbehörden mit ihren Sachkenntnissen sehr nützlich sein können. Aber auch die während des Krieges zu den Behörden gekommenen kaufmännischen Angestellten werden mit ihrer kaufmännischen Vorbildung und Kenntnis des Wirtschaftens nur zur besseren Erhebung der Steuern beitragen können. Der Zentralverband der Angestellten hat das Reichsfinanzministerium wiederholt auf das Schädliche dieses Vorgehens hingewiesen und wird weiter für Wahrung der Rechte der Angestellten eintreten.

Ueberstunden ohne Ende

Eigenartige Zustände herrschen in dem Zentralbureau der Firma Schultheiß-Pagenhofer in der Koonstraße 6/7. Seit Januar dieses Jahres werden dort in der Hauptbuchhalterei S systematisch Ueberstunden gearbeitet. Die Firma steht dies ruhig mit an. Wenn Ueberstunden auf einige Zeit gemacht werden, so hat wohl niemand was dagegen. Aber hier liegt schon System darin. Die betreffenden Angestellten gehen des Monats über mit 700 bis 900 M. Mehrerdienst nach Hause. Weis die Firma nicht, daß es arbeitslose Buchhalter gibt, die sehr gern diese Arbeiten „nordübergehend“ leisten würden. Wo bleibt da das soziale Verständnis der sonst so sozial gebärdenden Firma? Und was sagt der dortige Betriebsrat dazu? Sieht er so etwas nicht? Hier müßte so schnell wie möglich der unhaltbare Zustand beseitigt werden. Öffentlich sorgt der Betriebsrat nun für Abhilfe.

Weihnachtsunterstützung für die arbeitslosen und für die pensionierten Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Laut Beschluß der Generalversammlung vom 21. November kommt in diesem Jahre folgende Weihnachtsunterstützung zur Auszahlung: Weihnachtsunterstützung für die arbeitslosen Mitglieder, die mindestens seit dem 15. Dezember arbeitslos sind: Bei einer Mitgliedschaft über 26 Wochen 100 M., und von 13 Wochen 60 M. Weihnachtsunterstützung für die pensionierten

Mitglieder, die über ein halbes Jahr pensioniert sind, 60 M. Die Auszahlung findet statt vom 19. bis 24. Dezember, normittags von 9 bis 12 Uhr, im Ortsbureau, Johannisstr. 14-15, 2. Stock, Zimmer 14. Als Legitimation gilt für Arbeitslose: Mitgliedsbuch resp. Mitgliedskarte, Stempelfarte und Invalidenkarte. Für Pensionierte: Mitgliedsbuch.

Deutscher Arbeiter-Verband. Wie in allen Jahren werden auch heuer an alle Invalidenmitglieder und an Witwen unserer verstorbenen Invalidenmitglieder, ebenso an alle Arbeitslosen und Kranke, welche zu Weihnachten mindestens 14 Tage arbeitslos oder krank sind, eine Weihnachtsunterstützung gezahlt. Die Auszahlung erfolgt am Donnerstag, den 15. Dezember, in unserem Bureau, Engelufer 24-26, Gewerkschaftshaus, 2 Treppen, Zimmer 37, in der Zeit von 9-1 Uhr. — Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer. Kollegen, die vor dem 8. Dezember 1921 erwerbslos waren, erhalten als einmalige Weihnachtsunterstützung 160 Mark. Unsere invaliden Kollegen, die ein Schreiben erhalten haben, bekommen unter Vorzeigung dieses, ebenfalls 160 Mark. Das Geld ist am Sonnabend, den 17. Dezember, von unserer Kasse, Gormannstr. 13, in Empfang zu nehmen. Kollegen, die nach dem 5. Dezember arbeitslos wurden und bedürftig sind, haben bezüglich Weihnachtsunterstützung einen Antrag an die Ortsverwaltung zu stellen. Sollte die Ortsverwaltung in der Lage sein, mehr Gelder auszugeben, kommen dieselben nach Weihnachten zur Auszahlung. Der Beschluß der Generalversammlung vom 11. Dezember wird strikte durchgeführt.

Parteiveranstaltungen

Der Referentienrat der Genossin Seger findet wegen der Frauenvereinsamung diese Woche am Donnerstag statt.

Dienstag, 13. Dezember

1. Verwaltungsbüro (Berlin-Mitte). Abends 6 Uhr Frauentagung im Hofgarten, an der Strolacher Brücke 6. Die Kommunalen Coleure sind dazu eingeladen.
11. Militär. Sämtliche Genossinnen müssen heute abend an der Frauenmitgliederversammlung in der Schulstraße Weinmeisterstr. 17-18 teilnehmen. Mitgliedsbuch mitbringen.
- Frauenmitgliederversammlung für Groß-Berlin abends 7 Uhr in der Schulstraße Weinmeisterstr. 17-18 (Nähe Badischer Markt, Bohlen Hof). Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Reichsfrauentagung. Genossinnen, beteiligt auch politisch. Mitgliedsbuch mitbringen.
- Schöneberg-Gründungs. Abends 8 Uhr Frauentag und Jungfrauenkongress, Zimmer 14 des neuen Rathauses.

Mittwoch, 14. Dezember

1. Verwaltungsbüro (Berlin-Mitte). Abends 6 1/2 Uhr Bestenversammlung im Hörsaal des Rathauses.
14. Militär. 1. Mitteilung. Abends 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend bei Trowald, Jochstr. 7.
16. Militär. 7. Mitteilung. Gemeindefestlicher Zahlabend bei Fortmann, Im Obstand 18.
16. Militär. 8. Mitteilung. Abends 7 Uhr Zahlabend, Scherer Str. 4, bei Neumann. Urabstimmung.
16. Militär. 4. Mitteilung. Gemeindefestlicher Zahlabend bei Schiffler, Friedrichs-felder Str. 37.
- Charlottenburg. 5. Mitteilung. Abends 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend bei Böding, Warthstr. 23.
- H. S. P. D. Mitteilung. Selbstverpflichtung. Zahlabend in der Kollateralschule, Breite Straße.
- Genossin. Gemeinsamer Zahlabend in der Werderstraße, Werder, Ecke Friedrichs-Weiden-Straße.
- Karlshorst. Abends 7 1/2 Uhr im Julebaum der Gemeindefestliche Kongress. Victoria-Straße Zahlabend.
- Hilfen. Zahlabend im Kurparkrestaurant, Mittelstraße. Um 7 1/2 Uhr Vorabend. Alle Genossinnen müssen pünktlich 7 1/2 Uhr erscheinen.

Bereinskalender

Dienstag, 13. Dezember

- Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handwerkerbetriebe und Arbeitervereine aus allen Bezirken der Stadt, Müllern und Polizeirentkinder. Abends 8 Uhr bei Witte, Polstr. 29, Groppeverammlung.
- Deutscher Arbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr im Englischen Hof, Koenigsplatz 17, Jungfrauenversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Beschäftigung unserer Lebenspartner.
- Freie Schwestern-Verband. Abends 7 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im Sportplatz Heilshofweg 14.

Mittwoch, 14. Dezember

- Verbands-Sport-Karill. Openbox. Abends 7 Uhr Sitzung bei Schirack, Dichte Straße 14.

Geschäftliches

Wipac-Bestände zu außerordentlich billigen Preisen trotz der ungenügenden Weihnachtsfeier auf dem Reichmarkt bietet die Firma Franz Borowicz, Berlin SO 50, Waldemarstr. 27, in ihrem Weihnachtsverkauf die zum 20. Dezember an. Der Verkauf erfolgt nach außerordentlich hoher Verzinsung der Verpackung. Alles übrige ersichtlich aus dem Inserat in der nachfolgenden Nummer, wozu noch besonders hingewiesen sei.

Verantwortlich für Inhalt und Gestaltung: Leo Dieckhoff, Redaktionschef; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: H. Kuhse, Berlin; für den Internationalen und geschäftlichen Nachrichten: Ludwig Koenigsberg, Berlin. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, a. G. m. b. H., Berlin. — Druck bei Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 90.

Eine kolossale Preiserhöhung

müssen wir am 20. Dezember in Kraft treten lassen!

Die Alpaca und Alpaca versilberte Bestecke herstellende Industrie kann die von ihr benötigten Rohstoffe, wie Silber, Nickel, Kupfer, Zink usw., lediglich zum Weltmarktpreise erstehen.

So kostet uns z. B. ein Alpaca-Kaffeelöffel, wenn wir ihn nach Räumung unseres alten Lagers einkaufen, selbst 12,50, ein Esslöffel 16,50.

Wir verkaufen

soweit Vorrat, denselben Alpaca-Kaffeelöffel noch zu 8,50, den Esslöffel zu 12,50!

Es bietet sich daher bis zum 20. Dezember

also nie wiederkehrende billige Einkaufsgelegenheit, speziell für

Weihnachts- und Geburtstagsgeschenke!

Unsere Preiserhöhung tritt am 20. Dezember in Kraft; der Versand erfolgt ab Berlin gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages per Zahlkarte oder Einschreibebrief, Verpackung ist gratis, Porto wird zum Selbstkostenpreis berechnet.

Unsere Preise:

| | jetzt | ab 20. Dez. |
|-------------------------------|-------|-------------|
| Alpaca-Kaffeelöffel | 8,50 | 14,50 |
| Esslöffel | 12,50 | 19,50 |
| Essbestecke (Messer u. Gabel) | 28,— | 39,— |

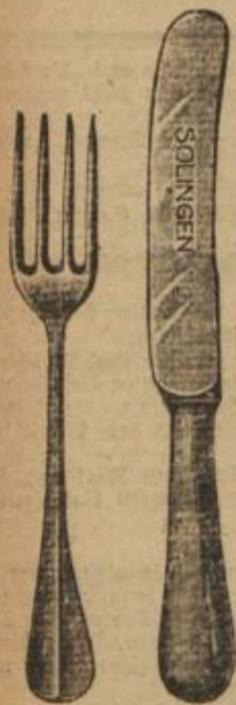
Sämtliche Gegenstände in eleganter glatter Ausführung hochglanz geschliffen und poliert, jeder einzelne Gegenstand gestempelt „Alpaca“. Bestellen Sie daher sofort, alle Bestellungen werden zu diesen enorm billigen Preisen der Reihenfolge nach erledigt bis zur vollständigen Räumung unseres Lagers!

Wer zu spät bestellt, kann nicht berücksichtigt werden!

Franz Borowicz

Metallwaren-Industrie BERLIN SO 501, Waldemarstrasse 27

Postcheckkonto Berlin 37219

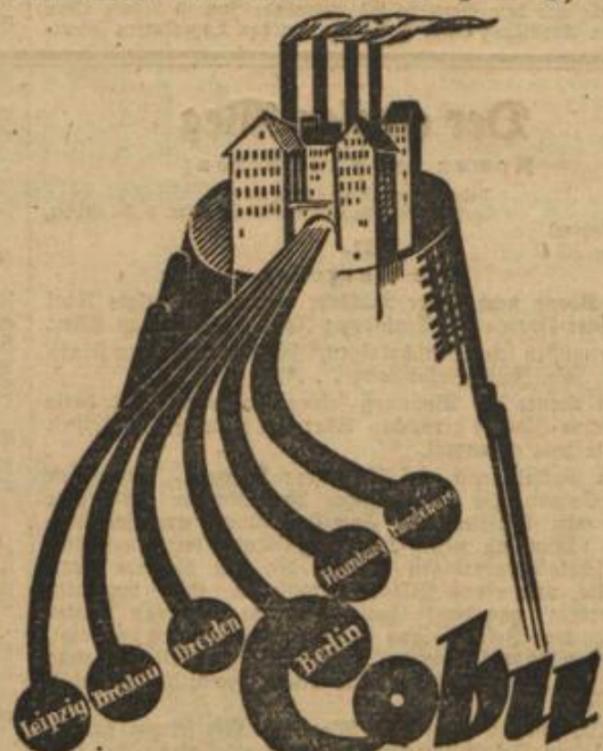


Bis 20. Dezember unglaublich preiswert und billig in Alpaca-Besteck Messer und Gabel gest. „Alpaca“ jetzt Paar in Alpaca-Esslöffel gest. „Alpaca“ jetzt in Alpaca-Kaffeelöffel gest. „Alpaca“ jetzt

28,00
12,50
8,50

Genossen! Besucht unsere Bücher- u. Bilderausstellung „Freiheit“-Buchhandlung, Breite Str. 8/9

Unsere Fabrik in Berlin-Pichelsdorf beliefert



„Cobu“ Solingener-Butter MARGARINE

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F.A. Jägersiedel A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf

Generalvertretung:

FRANZ JOS. GFRÖRER, Berlin W50
Ansbacher Str. 56 • Fernspr.: Steinplatz 4848 u. 12144